

Pulver: «Ein radikaler Bruch»

Der bernische Erziehungsdirektor lehnt die freie Schulwahl nicht grundsätzlich ab, will derzeit aber keine neuen Reformen anstossen. Bereits heute ist im Kanton Bern die Wahl des Gymnasiums frei. Die Freiheit wird aber nicht genutzt.

RETO WISSMANN

Im Kanton Bern ist sich nicht einmal die FDP sicher, ob die freie Schulwahl auf Volksschulstufe sinnvoll sei. Ihr letzter Vorstoss zu diesem Thema, der mehr Wettbewerb zwischen den Schulen forderte, erlitt im Grossen Ratsogar als unverbindliches Postulat Schiffbruch – obschon die rot-grüne Regierung bereit gewesen wäre, Möglichkeiten zu prüfen. Auch von privater Seite gibt es kaum Druck, das Thema auf die politische Agenda zu bringen. Zwar existiert unterdessen ein Berner Ableger der Elternlobby, anders als in Baselland zögern die Mitglieder aber noch, eine Volksinitiative zu lancieren.

Erziehungsdirektor Bernhard Pulver (grüne) ist nicht grundsätzlich gegen die freie Schulwahl. «Konkurrenz ist willkommen und stimuliert das System», sagt er. Es gebe nicht nur einen Weg zum «pädagogischen Glück». Konsequenterweise müsse man nicht nur den Schulen mehr Autonomie bei der Ausgestaltung ihres Angebots einräumen, sondern auch den Eltern bei der Wahl der Schule für ihre Kinder. Derzeit sei aber der Zeitpunkt falsch, ein «grösseres Erdbeben» auszulösen. Für die nächsten fünf bis zehn Jahre brauche die Volksschule vor allem Stabilität. Ausserdem gebe es berechnete Vorbehalte gegenüber der freien Schulwahl. Neben organisatorischen Fragen erwähnt Pulver vor allem einen: «Die freie Schulwahl bedeutet einen radikalen Bruch mit der demokratischen Idee der Volksschule und führt zu Individualisierung und Entsolidarisierung.»

Kanton zahlt Teil der Schulkosten

Bereits realisiert ist die freie Schulwahl im Kanton Bern auf der Mittelschulstufe. In den letzten zehn Jahren habe sich aber gezeigt, dass praktisch niemand von der freien Wahl des Gymnasiums Gebrauch mache, sagt Mario Battaglia vom Mittelschulamt. «Das entscheidende Kriterium ist der Schulweg», so Battaglia. Dies gelte sogar in der Stadt Bern mit mehreren Gymnasien. Beim Besuch eines privaten Gymnasiums (abgesehen von Feusi) übernimmt der Kanton 60 Prozent der Schulkosten.

«Mit der freien Schulwahl steigt

Bildungsökonom Ludger Wössmann zu den Misständen im heutigen System, zur Chancengleichheit,

Mit der Abstimmung in Basellandschaft und Volksinitiativen in zehn weiteren Kantonen wird die freie Schulwahl in der Schweiz zum Thema. Dank der Wahlfreiheit steige die Qualität der Schulen, sagt Ludger Wössmann.

INTERVIEW:
CHRISTOF FORSTER

«BUND»: Ob Telefon oder Post und bald auch Strom: Der Konsument hat die Wahl und zuweilen die Qual. Jetzt soll auch noch die Schule frei wählbar werden. Ist das tatsächlich notwendig?

LUDGER WÖSSMANN: Ja. Das ist eine gute Idee, um möglichst allen Kindern eine gute Schulbildung zu bieten.

Was sind die grössten Misstände im heutigen Schulsystem?

Schulen, die ihren Schülerinnen und Schülern wenig beibringen und ihnen kaum Perspektiven eröffnen, müssen dafür keine Konsequenzen fürchten. Die Eltern haben keine Chance, da herauszukommen – vor allem nicht jene Eltern, die sich keine Privatschulen leisten können. Gleichzeitig werden gute Schulen, die sich anstrengen, dafür nicht belohnt.

Wer wählen kann, muss wissen, was er bekommt. Wie können Eltern feststellen, wie gut eine Schule ist?

Damit die freie Schulwahl dazu führt, dass die Kinder mehr lernen, brauchen die Eltern objektive Messlatten für die Bewertung der Schulen und nicht einfach mündliche Empfehlungen. Mit externen Überprüfungen, die im Rahmen von regulären Tests ablaufen können, lässt sich messen, was die Schüler tatsächlich gelernt haben. Der Lernerfolg ist letztlich das Entscheidende für jeden Einzelnen und für die gesamte Volkswirtschaft. Damit die Eltern die Schulen vergleichen können, müssen ihnen die Resultate zugänglich sein.

Für die freie Schulwahl gibt es verschiedene Modelle. Die einen wollen nur staatliche Schulen einbeziehen, die von der Elternlobby lancierten kantonalen Initiativen sehen auch den freien Zugang zu Privatschulen vor. Welches Modell bevorzugt der Bildungsökonom?

Bereits die Wahlfreiheit bei staatlichen Schulen hat einen positiven Effekt, wie Studien in den USA und Schweden zeigen. Die Schulen erhalten Anreize, mit neuen Ideen

und Konzepten besser auf die Bedürfnisse der Schüler einzugehen, und ziehen dadurch neue Schüler an. Die Qualität des Unterrichts wird besser und damit steigt insgesamt auch das Bildungsniveau. Der nächste Schritt ist dann die freie Schulwahl auch für Privatschulen. Internationale Vergleiche zeigen: Schüler schneiden in Ländern, wo es viele Privatschulen gibt, besser ab. Interessanterweise erzielen dort auch die Schüler öffentlicher Schulen bessere Resultate – eine Konsequenz des Wettbewerbs. Wichtig dabei ist die Organisation der Privatschulen. Sie sollten von Privaten getragen, aber öffentlich finanziert sein. So läuft es in Holland, das in internationalen Tests regelmässig sehr gut abschneidet.

Wieso ist die öffentliche Finanzierung so wichtig?

Der Wettbewerb funktioniert nur dann richtig, wenn alle Eltern wählen können. Dann profitieren auch Kinder aus sozial benachteiligten Haushalten. Der Abstand zwischen Arbeiter- und Akademikerkindern verringert sich dank der Wahlfreiheit. Ohne öffentliche Finanzierung entscheidet hingegen das

«Der Abstand zwischen Arbeiter- und Akademikerkindern verringert sich.»

Portemonnaie, auf welche Schule das Kind geht. Deshalb sollten die Privatschulen dann auch keine zusätzlichen Schulgelder einfordern können. Sonst können es sich wiederum nur Reiche leisten.

Der Staat als reiner Geldgeber. Sonst zieht er sich ganz zurück?

Nein. Er setzt hohe Standards und stellt die Qualität sicher. Für die Umsetzung sollte er aber auch private Initiativen zulassen. Dann profitieren alle am meisten.

Sind Ausländer und sozial benachteiligte Schichten nicht überfordert mit der freien Schulwahl?

Für bildungsferne Haushalte ist es sicher schwieriger, an Informationen über die Schulen zu kommen. Nun sollte man aber die freie Schulwahl nicht mit dem Idealzustand, sondern mit dem heutigen System vergleichen. Heute haben die Schulen nur wenige Anreize, auf Kinder aus sozial benachteiligten Schichten einzugehen. Weil die Quartiere in den Städten stark nach sozialen Schichten gegliedert sind, haben Kinder in armen Stadtteilen grosse Nachteile. Mit der freien Schulwahl können sie in einem



Mit der freien Schulwahl entscheiden die Eltern, ob ihre Kinder in eine öffentliche Schule... J. PELAEZ

„besseren“ Quartier in den Unterricht gehen. Die bildungsfernen Haushalte profitieren auch von der allgemein steigenden Qualität des Unterrichts, durch den von der freien Schulwahl ausgelöstem Druck.

In Bern gibt es Schulen mit hohem Ausländeranteilen. Mit der freien Schulwahl würde doch dieses Problem noch verstärkt, weil die wenigen Schweizer in diesen Quartieren ihre Kinder anderswo in den Unterricht schicken würden.

Nein. Auch Ausländer können die Schule frei wählen. Die heutige

grosse Konzentration von Ausländern in gewissen Quartieren ist ja kaum mehr zu verstärken. Erfahrungen im Ausland zeigen, dass die freie Schulwahl die soziale Ungleichheit verringert. Heute läuft die Schulwahl indirekt über die Wahl des Wohnorts. Und diese hängt stark vom Portemonnaie ab.

Die freie Schulwahl erhöhe die Bildungskosten, kritisieren die Gegner. Die staatlichen Schulen müssten ihr Angebot wie bisher bereithalten, private Schulen erhielten zusätzliche Gelder.

Das Gegenteil ist der Fall. Jene Länder, die auch auf private Schulen setzen, geben pro Schüler weniger Geld aus. Öffentliche Schulen, die nicht attraktiv sind und deshalb Schüler verlieren, sollten dann auch weniger Schulgeld erhalten. In der Übergangsphase kann es zu Mehrkosten kommen.

In Ländern mit freier Schulwahl ist die Zahl der Schüler, die nicht in die nächstgelegene Quartierschule gehen, klein. Ein grosser Aufwand für einen kleinen Nutzen?

Eltern sollen über Bildung entscheiden

Ein gutes Verhältnis zwischen Eltern, Lehrern und Schülern sei ausschlaggebend für den Schulerfolg, sagen Befürworter der freien Schulwahl

Sie hätten nichts gegen Staatschulen, erklären die Anhänger der Wahlfreiheit. Doch wenn die Eltern nicht über die Art der Schulbildung entscheiden könnten, litten die Kinder.

CHRISTOF FORSTER

Treibende Kraft hinter der freien Schulwahl ist die Elternlobby Schweiz. Sie hat in Baselland eine Initiative eingereicht, die voraussichtlich noch dieses Jahr zur Abstimmung kommt. In weiteren zehn Kantonen bereitet die Elternlobby Initiativen vor. Diese fordern, dass Eltern künftig wählen können, ob sie ihre Kinder in eine staatliche oder private Schule schicken. Konkret sollen Privatschulen neu vom Staat Beiträge erhalten und zwar pro Schüler so viel, wie dieser im

Schnitt an einer staatlichen Schule kosten würde. Nur jene Privatschulen, die offen sind für alle und die nicht zusätzliches Geld von den Eltern verlangen, erhalten Beiträge.

Die Mängel am heutigen System

Was stört die Elternlobby am heutigen System? Sie habe nichts gegen Staatsschulen, sagt Elternlobby-Präsidentin Pia Amacher. Es gebe ausserordentlich gute öffentliche Schulen. Dem Verein, bei dem Lehrer, Bildungsexperten und Politiker von links bis rechts mitmachen, geht es um diese Anliegen:

• Viele Kinder haben keine Mühe mit dem Unterricht in der öffentlichen Schule. Doch laut Elternlobby gibt es Kinder, die in den Staatsschulen nicht zurecht kommen und deshalb in eine Privatschule wechseln. Dies bedeutet aber für die Eltern eine grosse finanzielle Last. Sie

bezahlen nicht nur Gebühren für die Privatschule, sondern finanzieren über die Steuern auch die öffentlichen Schulen mit. Mit der Wahlfreiheit fällt die doppelte Belastung weg. Zudem können breitere Kreise als heute das Angebot von Privatschulen nutzen.

• Wenn Eltern heute nicht einverstanden sind mit der Art des Unterrichts, führt dies laut Elternlobby zu grossen Problemen. Die Kinder spüren die kritische Haltung der Eltern und leiden darunter. Die Eltern halten sich mit Kritik am Lehrer zurück, weil sie sich vor Retourkutschen am Kind fürchten. «Dabei ist ein gutes Verhältnis zwischen Eltern, Lehrer und Schüler entscheidend für den Schulerfolg», sagt Pia Amacher. Mit der freien Schulwahl würden Eltern und Schule am gleichen Strick ziehen. Die Lehrer wissen, dass sie von den Eltern akzeptiert sind. In einem

solchen Umfeld sehen sich Lehrer und Eltern als Partner. Die Lehrer können in derjenigen Schule unterrichten, die ihren Vorstellungen am besten entspricht.

• Heute sei die Schule zu stark von der Politik abhängig, kritisiert Amacher. Je nach politischer Mehrheit in den Parlamenten und Regierungen gibt es mal mehr oder mal weniger Noten, mal mehr oder mal weniger Disziplin. Das sei störend, findet Amacher. Der Staat soll sich darauf beschränken, die Rahmenbedingungen für die Schule zu regeln. Dazu gehören Qualität, Lernziele, Finanzierung und Kontrolle. In dem vom Staat vorgegebenen Rahmen können sich mit der freien Schulwahl vermehrt auch Privatschulen entfalten.

• Die Staatsschule ist laut Elternlobby so schwerfällig wie ein Öltanker. Reformen dauern Jahre. Als

Beispiel führt Amacher Harnos an, ein sehr langwieriges und teures Projekt, «das laut Lehrerverband erst in 20 Jahren beim Volk ankommt». Harnos sei ein Beispiel, wie Bildung von obengemacht werde. Die Elternlobby ist gegenüber Harnos neutral, weil es die freie Schulwahl nicht betrifft.

Was ist gerechter?

Die Gegner befürchten, dass die Wahlfreiheit die ungleichen Chancen der Schüler verstärkt. Dies führe zu Getto-Schulen und zu Villenschulen. Amacher schlägt vor, dass Schulen mit hohem Ausländeranteil nach holländischem Vorbild höhere Schüler-Pauschalen erhalten. Dies erlaubt ihnen, besser auf die Bedürfnisse ihrer Schüler einzugehen. Ziel sei es, dass mehr Arbeiterkinder ans Gymnasium gehen, sagt Amacher.

Wer profitiert von Wahlfreiheit?

OECD-STUDIE Laut einer OECD-Studie erzielen Schüler bessere Leistungen in Ländern mit freier Schulwahl. Oder anders gesagt: Dank der Wahlfreiheit hat die soziale Herkunft der Kinder weniger Einfluss auf ihren Schulerfolg. Die OECD, der Club der Industrieländer, hat die Daten von 180 000 Schülern aus 27 Ländern anhand der Pisa-Resultate von 2003 untersucht.

Die Studienautoren haben weiter herausgefunden, dass auch die Freiheit der Schulen in der Gestaltung der Lerninhalte die Chancengleichheit fördert. Einen stark positiven Effekt auf alle Schüler haben externe Austrittsprüfungen. Zudem profitieren vorab Schüler aus bildungsfernen Haushalten, wenn sie von den Lehrern regelmässig Feedbacks erhalten. In Schulsystemen, welche die Schüler früh in verschiedene Niveaus aufteilen, steigt die Chancengleichheit. (for)

das Bildungsniveau»

zur Bedeutung der Privatschulen und zur künftigen Rolle des Staates



... oder in eine Privatschule wie die Steiner-Schule gehen.

EMANUEL AMMON/AURA

Allein schon die Möglichkeit, dass die Schüler die Schule wechseln oder von Beginn weg gar nicht in eine bestimmte Schule gehen, gibt der Schulleitung grosse Anreize, den Unterricht zu verbessern. Es müssen dafür nicht ständig Kinder die Schule wechseln. Es wäre auch gar nicht wünschenswert, Kinder dauernd aus ihrem Klassenumfeld zu reißen.

Andere Länder machen tendenziell positive Erfahrungen mit der freien Schulwahl. Lässt sich dies überhaupt auf die Schweiz übertragen?

Trotz nationalen Besonderheiten kann man sehr viel von anderen Ländern lernen. Die Studien vergleichen nicht blindlings, sondern berücksichtigen auch Faktoren wie den Einfluss des Elternhauses oder der Klassengrösse auf die Schulleistungen. Wie dann konkret die freie Schulwahl umgesetzt wird, hängt stark vom historisch gewachsenen Schulsystem ab. Hier muss jedes Land seinen eigenen Weg finden.

Spricht es gegen die freie Schulwahl, dass Kinder vermehrt lange und gefährliche Schulwege gehen oder

von den Eltern chauffiert werden müssen?

Dies hat sich bis jetzt nicht als grösseres Problem erwiesen. Oft liegen in Städten mehrere Schulen im gleichen Quartier, sodass sich bei einem Schulwechsel die Wege nur leicht verlängern.

Stadtkinder profitieren vom grösseren Schulangebot. Benachteiligt sind aber Schüler auf dem Land.

In ländlichen Gebieten, wo oft nur eine Schule in vernünftiger Reichweite liegt, wird die Wahlfreiheit kaum Auswirkungen haben. Dies als Argu-

ment gegen die freie Schulwahl zu verwenden, finde ich völlig abstrus. Auch weil auf dem Land die Bevölkerung homogener ist, sind die Schulen dort oft besser als in den Städten.

Mit der freien Schulwahl sinkt der Zusammenhalt in den Quartieren. Soll dies angesichts der Bedeutung des sozialen Umfelds aufgegeben werden?

In einzelnen Quartieren kann es sicher zu Veränderungen führen. In negativ geprägten Stadtteilen hingegen können Kinder dank der freien Schulwahl diesen Zuständen entfliehen.

Beliebte Schulen werden mit Anfragen überhäuft. Wie ist garantiert, dass es bei den Aufnahmeentscheidungen nicht zu Willkür kommt?

Das Faireste wäre ein Losverfahren. In Schweden gibt es Wartelisten. Dashat aber den unerwünschten Effekt, dass gut gebildete Kreise ihre Kinder bereits bei der Geburt an gu-

«In ländlichen Gebieten wird die Wahlfreiheit kaum Auswirkungen haben.»

ten Schulen einschreiben. Wichtig ist vor allem, dass die guten Schulen mit grosser Nachfrage wachsen und zusätzliche Klassen aufmachen können. Und jene Schulen, die schlecht bleiben, schrumpfen.

Wie können Schulen im engen Stadtraum wachsen?

Es müssen ja nicht immer gleich grosse Ausbauten sein. Erfolgreiche Schulen könnten Filialen gründen oder mit anderen Schulen Partnerschaften eingehen und dort ihre Pädagogik einführen.

Das Schweizer Schulsystem hat zahlreiche Reformen hinter sich. Jetzt soll mit der freien Schulwahl nochmals alles auf den Kopf gestellt werden. Lohnt sich das überhaupt?

Es hat sich gezeigt, dass sich die Qualität der Schulen mit der freien Schulwahl sehr effizient verbessern lässt. Viel effizienter als beispielsweise mit zusätzlichem Geld im gegenwärtigen System oder grösserer Autonomie für die Schulen.

ZUR PERSON



Ludger Wössmann ist Professor am Ifo-Institut der Universität München. Der 35-Jährige ist Vater von zwei Kindern (2 und 4 Jahre).

In Schweden ein Erfolg

Freie Schulwahl seit Anfang der 90er-Jahre

Ausgerechnet im zentralistisch geführten Schweden stehen die Schulen im scharfen Wettbewerb. Dort ist die freie Schulwahl ein Erfolg und stösst auf breite Zustimmung.

BRUNO KAUFMANN, FALUN

Eine Sorge muss Christel Janols mit Blick auf das neue Schuljahr nicht haben: «Wir haben 35 Schülerinnen und Schüler auf der Warteliste, unsere Quote werden wir problemlos füllen», sagt die Rektorin der Montessorischule in der nord-schwedischen Bergbaustadt Falun. Die Quote, die dieser Gesamtschule von der Gemeinde zugestanden worden ist, sind 20 Kinder pro Jahrgang. Für die insgesamt zehn Schuljahre, die angeboten werden, macht das also 200 Schüler. Dieser Schar stehen insgesamt 40 Lehrkräfte im Teil- und Vollpensum zu Seite.

Die Gesamtschule orientiert sich an den Prinzipien der Pädagogin Maria Montessori, die das individuelle Lernen stark gewichtet. Und sie ist eine der möglichen Schulen, in welche die Einwohner Faluns ihre Kinder gratis schicken können. In Schweden wählen die Eltern von Kindern, wohin sie ihre Kinder schicken wollen. Diese freie Schulwahl hat sich seit ihrer schrittweisen Einführung zu Beginn der 1990er bewährt, weil der Staat die Kontrolle über die Umsetzung der freien Schulwahl behalten hat und die finanziellen Mittel zusammen mit den Schulen zu hundert Prozent kontrolliert. Mit anderen Worten: In Schweden hängt es nicht vom Portemonnaie ab, ob das eigene Kind die eine oder andere Schule besuchen kann.

Landesweite Examen

Umgekehrt motiviert dieses System der Bildungsgutscheine die einzelnen Schulen, eine möglichst «gute» Bildungsstätte zu betreiben, denn sie stehen im Wettbewerb miteinander. Dazu gehören neben der Vermittlung des klassischen Unterrichts auch der Aufbau eines positiven Lernklimas: An der Montessorischule bedeutet dies, dass «wir sofort eingreifen, wenn etwas im sozialen Bereich zwischen den Schülern nicht klappt», sagt Sanna Matsson, die sich als Spezialpädagogin mit allen möglichen Problemen im Schulalltag befasst: «Gewalt und Vandalismus werden nicht toleriert.»

Die Schule kann den Unterricht frei gestalten, solange – am Ende des fünften und am Ende des neunten Schuljahres – die vom schwedischen Parlament bestimmten Lernziele erreicht werden. Um dies zu prüfen, finden Examen statt, die im ganzen Land gleichzeitig durchgeführt werden. Noten und Zeugnisse gibt es in Schweden ab dem achten Schuljahr.

«Wenig Staat, viel Schule»

Im Gegensatz zu Montessorischulen in der Schweiz ist jene im schwedischen Falun öffentlich. Rektorin Janols und ihren Kollegen steht pro Kind ein bestimmter Geldbetrag zur Verfügung. Von den Eltern darf die Montessorischule kein Schuldgeld verlangen. Von 100 Franken fliessen 90 in den regulären Betrieb, der Rest ist für Programme zur Förderung von benachteiligten Kindern bestimmt. Rund um den regulären Unterricht bietet die Schule ab 7 Uhr und bis 17 Uhr zudem einen Schülerhort an, über Mittag wird in Schweden schon seit über 40 Jahren in den Schulen eine warme Mahlzeit offeriert.

Seit bald 17 Jahren gilt im schwedischen Schulwesen die Devise: «Wenig Staat, viel Schule». Seither gibt der Staat einzig noch den gesetzlichen Rahmen und die Lernziele vor, der Rest wird dezentral, in den 285 Gemeinden des 9-Millionen-Landes, geregelt. Die Kommunen verfügen heute über Bildungsautonomie, die sie weitgehend an die einzelnen Schulen delegieren.

Vorgegeben wird von der Gemeinde allerdings der finanzielle Rahmen und damit die Summe, die für jeden Schüler und jede Schülerin zur Verfügung stehen. «Unsere Aufgabe ist sehr anspruchsvoll, aber auch enorm erfolgreich», betont Birgitta Andersson, die an der Montessorischule in Falun Mathematik unterrichtet.

Dabei steht nicht der Klassenverband im Vordergrund, sondern individuelle Lehrpläne, die jeder Schüler gemeinsam mit Eltern und zuständigen Lehrpersonen ausarbeitet, umsetzt und evaluiert. «Unsere Schüler lernen bereits im Kindergarten, sich individuelle Vorgaben zu setzen, diese zu erfüllen und eigenständig auszuwerten», sagt Birgitta Andersson.

Ringende Kindergärtner

In Falun steht die Montessorischule als unentgeltliche öffentliche Bildungseinrichtung mit vielen anderen Schulen in Konkurrenz. Und sie ist nur eine von mehreren, die sich in der Bergbaustadt mit den grossen Sprungschancen ein besonderes Profil angelegt haben, um Schüler anzulocken: Dazu gehören eine Primarschule des Ringerverbandes, in dem schon die Kindergärtner regelmässig in den Ring steigen, aber auch ein Langlaufgymnasium, eine Sekundarschule für Kunst, christliche Vorschulen, eine Film-Mittelschule.

Das grosse Angebot führt dazu, dass gewisse Schulen nicht genug Schüler und damit Geld anziehen, um ein solides und professionelles Umfeld anzubieten. Immer wieder mussten (vor allem private) Schulen mitten im Schuljahr schliessen, sodass die Schüler auf der Strasse standen. Gleichzeitig führte die freie Schulwahl dazu, dass Kinder auch zu Hause oder aus der Distanz unterrichtet werden können. Es kommt deshalb vor, dass einzelne Schüler durch das eng gewobene pädagogische Betreuungssystem fallen – und vor der Maturität plötzlich feststellen, dass sie wichtige Fächer vernachlässigt haben.

Bürgerliche Politiker dagegen

Paradoxerweise wollen deswegen in Schweden gerade bürgerliche Politiker die freie Schulwahl wieder abschaffen. Doch bei der breiten Bevölkerung stösst die Bildungsfreiheit, welche die Sozialdemokraten durchgesetzt haben, auf grosse Zustimmung. Weniger leistungsfähige Schüler und Kinder aus ärmeren Bevölkerungsschichten haben besonders von der Individualisierung des Unterrichts und der Einführung der freien Schulwahl profitiert.

Als Beleg dafür gilt, dass die Zahl der Schüler, die ins Gymnasium kommen, von weniger als 80 Prozent eines Jahrgangs auf über 90 Prozent gestiegen ist. Zum Erfolg der Bildungsreform haben aber auch die familienfreundlichen Rahmenbedingungen des Wohlfahrtsstaates beigetragen, etwa die flächendeckende Existenz von Tageschulen. Kein Wunder, dass Schweden heute nicht nur eine der höchsten Geburtenraten Europas hat, sondern auch in internationalen Leistungsvergleichen an der Spitze liegt.

Schwarze und weisse Schulen

In Holland führt die freie Schulwahl zunehmend zu ethnisch getrennten Schulen

Blechkolonnen auf dem Weg zur Arbeit sind vielerorts ein hartnäckiges Problem. Doch in Holland kommen morgens und nachmittags noch jene Staus hinzu, die Mütter und Väter verursachen, wenn sie ihre Kinder zur Schule bringen oder von dort abholen. Dieser Bring- und Abholservice der Eltern ist eine Konsequenz, die die freie Schulwahl mit sich bringt.

In der niederländischen Verfassung steht festgeschrieben, dass Eltern ihren Nachwuchs in ein Bildungsinstitut ihrer Wahl schicken dürfen. Sie können also selbst entscheiden, ob ihre Kinder eine Schule mit einer bestimmten konfessionellen Richtung besuchen oder mit speziellen Unterrichtsformen, wie sie beispielsweise von den Rudolf-Steiner-Schulen angeboten werden. Die Vielfältigkeit des niederländischen Primarschulangebots

ist ein Überbleibsel der «Verzuiling» in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, als die Gesellschaft in eine katholische, protestantische, liberale und sozialistische Strömung gegliedert war. Bis heute gibt es katholische, protestantische oder sozialistische Schulen. Mit der Einwanderung von Muslimen entstanden in den letzten Jahren auch islamische Grundschulen.

Mehr Geld für schwarze Schulen

Mit der steigenden Zuwanderung veränderte sich in den 1990er-Jahren die Schulbevölkerung. In den Immigrantenvierteln der grossen Städte entstanden Lehranstalten, die kaum mehr von einheimischen Schülern besucht wurden, weil das Niveau auf diesen «schwarzen» Schulen tiefer war als anderswo. «Weisse» Väter und Mütter bringen ihre Kinder seither in eine «weisse»

Schule – selbst wenn sich diese am anderen Stadtrand befindet.

Um allen Schülern gleiche Chancen zu bieten, bekommen «schwarze» Schulen zusätzliches Geld vom Bildungsministerium. Gleichzeitig organisieren viele Immigrantenschulen Vorschulunterricht. Die eigentliche Schulzeit beginnt in den Niederlanden mit vier Jahren. Aber Eltern können bereits die Zweieinhalbjährigen in die Spielgruppe schicken. So lernen diese früh Niederländisch. Ausserdem bieten viele Schulen Sprachkurse für Eltern an, damit sie den eigenen Kindern bei den Aufgaben helfen und mit der Lehrerschaft kommunizieren können.

Natürlich gab (und gibt) es Versuche, die Grundschulen besser zu durchmischen. Aber die meisten scheitern. Eltern seien nicht bereit, ihr Kind für ein «gesellschaftliches

Experiment» aufzuopfern, sagt eine Schuldirektorin. Auch der Finanzminister und Chef der Sozialdemokraten, Wouter Bos, schickt seine beiden Töchter auf eine «weisse» Schule. Er gehört damit zur Mehrheit, welche die freie Schulwahl befürwortet. «Ich finde, dass Eltern selber wählen müssen, welche Schule für ihr Kind am besten geeignet ist», sagt auch Moniek Moorman. Für die Mutter von zwei Knaben im Alter von 9 und 14 Jahren, die auch eine «weisse» Schule besuchen, spielen abgesehen von der Qualität des Unterrichts auch Kriterien wie etwa die Grösse des Pausenplatzes eine Rolle.

Trotz diesen Schattenseiten funktioniert das System bislang gut. In der Pisa-Studie 2006 lag Holland auf Platz 9, sieben Ränge vor der Schweiz.

Elsbeth Gagger, Amsterdam